

WELTKINDERTAG

Helias hilft helfen

Helfen - schützen - unterstützen. Der heutige Weltkindertag erinnert daran, dass Kinder und Jugendliche an jedem Tag im Jahr unserer Hilfe bedürfen. Der Bundestagsabgeordnete Siegfried Helias hat diesen Gedanken verinnerlicht.

Unter dem Symbol des Blauen Herzens fördert ein von ihm gegründeter und geführter Betreuungsverband zur Zeit täglich über 500 Kinder und Jugendliche. Die Bandbreite des Angebots reicht

von ökologischem Spiel- und Lerngarten über Mediencafés, Kartsport, Schularbeitszirkeln bis hin zu Ausbildungsplatzverbund. Der Verband unterstützt zudem unter anderem die Behandlung von HIV-positiv infizierten und geistig behinderten Kindern. Wer das Engagement von Siegfried Helias näher kennenlernen möchte oder Kontakt zu ihm sucht, sollte die Homepage www.kinderin-gefahr.de besuchen.



Alles lecker zubereitet: Mit den Jungen und Mädchen freuen sich Kita-Leiterin Brigitte Lenz, Evelyn Sälzer von den Blue Band Hotels, Siegfried Helias und Kim Erkhart von der CIP Europa-Kita Theo Tintenklecks

Schweden sagen
Nein zum Euro

Die Schweden haben sich gegen die Einführung des Euro statt der Krone ausgesprochen. Premierminister Persson gestand dies ein: „Das Ergebnis ist deutlich. Die Wahlbetei-

ten Kurses der Währung selbst der immer weichere Umgang bzw. die Umgehung der Stabilitätskriterien. Länder wie Frankreich und Deutschland setzen sich seit Jahren ohne einschneidende Konsequenzen über die im Stabilitätspakt festgeschriebene Defizitgrenze hinweg. Es gilt fast schon als normal, die miserablen Regierungsbilanzen schönzureden und die Kommission um ein weiteres Jahr zu vertragen. Solange diese Praxis geduldet wird, ist es kaum verwunderlich, dass sich die Schweden mit ihrer gut laufenden Konjunktur nicht an der Währungszone beteiligen wollten. Dies darf allerdings nicht über den großen Erfolg des Euro selbst hinwegtäuschen. Nicht erst seit dem Irak-Krieg hat sich der Euro als wichtigste Währung neben dem Dollar etabliert, der Euro ist und bleibt eine starke Währung und wird an Bedeutung noch hinzugewinnen. Ein Beitritt der Schweden hätte diesen Effekt noch verstärkt. Der Berliner CDU-Europaabgeordnete Ingo Schmitt stellte hierauf fest: „Es ist sehr bedauerlich, dass eine ganze Währungsunion unter dem Missmanagement der deutschen Bundesregierung leidet“.



lung ist mit über 80 Prozent sehr hoch. Deshalb ist es leicht, dieses Ergebnis zu respektieren“. Schweden werde ohne den Euro aber auf lange Sicht schlechtere politische und wirtschaftliche Optionen haben, „aber darüber war das schwedische Volk vorher informiert.“ Ausschlaggebend für die Ablehnung war trotz des gu-

NEUE ROT-ROTE KITA-IDEE

„Die DDR lässt grüßen“

Zur Planung des Senats, Hortplätze aus dem Kita- in den Schulbereich zu verlagern, erklärte der jugendpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Sascha Steuer:

„Durch die totale Ausgrenzung der freien Träger aus der Hortbetreuung verstößt der Senat eindeutig gegen das Subsidiaritätsprinzip und damit gegen das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Das liegt ganz auf der Linie von SPD und PDS, die trotz gegenteiliger Beteuerungen immer wieder eine Politik gegen freie Träger dieser Stadt machen.“

Zugleich erinnert das Konzept an die ‚Rundum-Staatsfürsorge‘ der DDR, weil damit die Wahlfreiheit und Vielfalt, die auch in der Hortbetreuung zu garantieren ist, mit Füßen

getreten wird. Besonders verwundert dies vor dem Hintergrund der bisherigen Aussagen von Senator Böger, der bei Nachfragen im Parlament immer wieder betont hat, dass auch die Horte an den Schulen



in freier Trägerschaft betrieben werden können und sollen. Die CDU-Fraktion fordert Herrn Böger und den Senat auf, nicht wieder wortbrüchig gegenüber den Eltern dieser Stadt zu werden, die sich Horte in freier Trägerschaft wünschen. Bleiben Sie bei ihren Zusagen und garantieren Sie die Wahlfreiheit und Vielfalt auch in der Hortbetreuung,“ fordert Steuer.

TÜRKEI - BEITRITT

EU überfordert

Europas Christdemokraten und Konservative sprechen sich gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU aus. Bei ihrer Klausurtagung machte die Europäische Volkspartei (EVP) ihre Position deutlich.

ment, Hans-Gert Pöttering, in Kopenhagen. Hintergrund ist der Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember 2002, auf dem der Kandidatenstatus der Türkei bekräftigt wurde.



Der Berliner Europaabgeordnete Ingo Schmitt (CDU) mit dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering. Die Artikel kommen von I.S. direkt.

„Die Mehrheit der EVP ist gegen eine Mitgliedschaft der Türkei“, sagte der Fraktionschef der EVP im Europaparla-

ment. Ein fester Beitrittstermin wurde allerdings abgelehnt. Bis Ende 2004 soll die Kommission prüfen, ob Ankara die Kri-

Gewinner



Peter Müller

Der CDU-Ministerpräsident Peter Müller wurde von der Wirtschaftswoche als „Ministerpräsident des Jahres“ ausgezeichnet. Das Saarland habe jetzt die dynamischste Entwicklung aller Bundesländer, etwa bei den Themen Strukturreformen, Senkung der Gewerbesteuer und der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Berlin gratuliert. (dr)

Verlierer

Politischer
Anstand

Der SPD-Senator Sarazin teilt mit, mehr Kita-Beiträge zu zahlen, sei ja doch nicht so, als würden die Kinder ins KZ geschickt, der SPD-Spitzenpolitiker Bielka verdoppelt mal eben sein Jahreseinkommen durch einen geschickten Wechsel zur landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Berlin sagt: „Pfui“. (dr)

terien für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt.

Auch im Zusammenhang mit der EU-Verfassung macht sich die EVP für eine Klärung der Türkei-Frage stark. Da in vielen Ländern ein Referendum zur Verfassung vorgesehen ist, müssten die Beziehungen zum Kandidaten Türkei klar definiert werden. Die Verfassung mache eine Aufnahme der Türkei praktisch unmöglich. Der hohe Grad von Integration könne nicht von allen Staaten erfüllt werden, die in die EU streben. Der Berliner Europaabgeordnete Ingo Schmitt (CDU) warnt in diesem Zusammenhang „vor einer Ausuferung der EU mit der Folge, dass das identitätsstiftende Band verloren gehe“. Nach der vollzogenen Osterweiterung müsse die EU „die Geschwindigkeit drosseln und einen Gang zurückschalten“. Schmitt fordert, dass jede weitere Erweiterung auch „im Interesse der EU liegen muss“. Um einen solchen Passus müssten die Kriterien ergänzt werden.